

**KREISTAGSFRAKTION
Landkreis Regen**

Herrn Landrat Dr. Ronny Raith
Landratsamt Regen
Poschetsrieder Str. 16
94209 Regen

21. Juni 2024

Stellungnahme zur vorzeitigen Absage an „Demokratie leben!“ und der damit verbundenen Abweisung von Bundesmitteln für Schulen, Vereine und Verbände für Projekte zur politischen Bildung

UND

Antrag auf Neubehandlung der Entscheidung zur Fortführung des Programms „Demokratie leben!“ in der nächsten Kreistagssitzung am 17. Juli 2024

Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Landrat Raith,

steht unser Landkreis Regen auf demokratisch gesichertem Boden? Bei der Europawahl stimmte jeder Fünfte für eine Rechtsaußenpartei. Die Anhängerschaft dieser auch im Landkreis Regen etablierten Parteien wird vom Verfassungsschutz zu 30 - 40 % als gesichert rechtsextrem oder faschistisch eingestuft, also als demokratiefeindlich. Dieser Trend kann Demokratinnen und Demokraten nicht egal sein. Eine der Antwort muss in unseren Augen verstärkte politische Bildung sein. Die geplante Absage an die Fortführung des zu 90 % bezuschussten Bildungsprojekts „Demokratie leben!“ ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich für unsere Demokratie engagieren. Die finanziellen Auswirkungen auf den Landkreis sind in unseren Augen nicht vollständig dargestellt worden.

Die durch das Förderprojekt eingerichtete Koordinationsstelle hatte 2022 rund 20 Projekte und 2023 rund 30 Projekte zur Stärkung der Demokratie zusammen mit Schulen, Vereinen und Verbänden organisiert, aktuell liegen mehr Anträge vor als umgesetzt werden können. Über 40 % (zuletzt rund 60.000 €) des Budgets sind für Projekte unserer Bürger und Vereine vorgesehen. Der Eigenanteil des Landkreises an der Gesamtfinanzierung (plus Budget für Öffentlichkeitsarbeit, Personal, etc.) liegt allerdings lediglich bei 14.500 €. Durch das Förderprojekt stehen jährlich über 45.000 € zusätzliches Budget für freiwillige Leistungen (u.a. für Projekte in den Schulen) im Landkreis zur Verfügung. Man spart hier also nicht, sondern verweigert die Annahme von Geld vom Bund.

Gerade weil im letzten Wahlergebnis v.a. bei jungen Erstwählerinnen und Erstwählern keine Trendumkehr zu erkennen ist, bewertet es unsere Grünen-Fraktion als geradezu fahrlässig, jetzt auch noch die Bildungsangebote zurückzufahren. Das wäre ein Zeichen mit fataler Außenwirkung. Ohne ein Bekenntnis zu demokratischen Parteien kann unsere Republik auf Dauer nicht überleben. Zuletzt warnten daher auch immer mehr hochrangige Wirtschaftsvertreterinnen und Wirtschaftsvertreter vor den Folgen einer demokratiefeindlichen Politik. Joe Kaeser (Ex-Siemens-Chef) aus Arnbruck sagte z.B. zuletzt, wer eine solche Politik wählt, „entscheidet sich für den Verlust des Wohlstands unseres Landes“.

Warum also die Entscheidung der Mehrheit der Kreistagsfraktionen gegen dieses Programm? Am Geld darf es, wie dargestellt, nicht liegen. Selbst wenn der Landkreis keinen Nettogewinn durch das Projekt hätte, findet unsere Fraktion die Ausgaben gerade in diesen Zeiten uneingeschränkt gerechtfertigt. Wenn der Landkreis wirklich die finanzielle Vorleistung nicht erbringen kann, gäbe es die Möglichkeit, die Zivilgesellschaft um finanzielle Hilfe zu bitten, bevor das Projekt ohne Alternative beendet wird. Angesichts der ernsten Lage wäre dies für uns jedoch ein Armutszeugnis. Die Frist zur Einreichung einer ersten Interessensbekundung zur Weiterführung des Projekts ist nun verstrichen, was die Chancen des Landkreises, erneut berücksichtigt zu werden, schmälert. Der final entscheidende Folgeantrag muss jedoch erst Ende August eingereicht werden, somit bleibt noch Zeit für eine Kurskorrektur.

Unsere Fraktion steht für die Lösungssuche jederzeit zur Verfügung und bittet alle anderen demokratischen Fraktionen, die Entscheidung noch einmal zu überdenken und sich für die Stärkung demokratischer Strukturen einzusetzen.

Hierzu bitten wir den nachfolgenden Antrag auf der Tagesordnung der nächsten Kreistagsitzung, am 17. Juli 2024 zu berücksichtigen.

Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Schlüter (Fraktionssprecher), Eva Bauernfeind, Egid Werner, Martin Lippl, Christian Zeitlhöfler

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur nächsten Kreistagssitzung am 17. Juli 2024

Sachverhalt:

Siehe Stellungnahme im obigen Schreiben.

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Kreistag widerruft die öffentliche Vorabentscheidung zur Absage an das Förderprogramm „Demokratie leben!“ und bewertet die Lage neu. Die Verwaltung wird beauftragt, trotz abgelaufener Frist eine positive Bewertung bei der Förderstelle nachzureichen.
- 2) Der Kreistag beauftragt die Verwaltung zum nächsten nötigen Zeitpunkt, fristgerecht einen neuen Förderantrag für die kommende Förderperiode über sieben Jahre einzureichen.
- 3) Der Kreistag beauftragt die Verwaltung die dafür notwendigen Eigenmittel in den nächsten Jahren im Kreishaushalt einzuplanen.

Wir bitten um Behandlung unseres Antrags in der nächsten Kreistagssitzung, am 17. Juli 2024.

Vielen Dank.

Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen